

LEITARTIKEL



Deutschland – Türkei Ein Fest – auch für die Integration?

Von Oliver Kretsch

Kopftuchstreit, drohendes Verbot der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP, neue Kämpfe mit kurdischen Rebellen: Die Türkei müsste sich derzeit wirklich um andere Dinge sorgen als um den Ausgang des Halbfinals bei der EM 2008 gegen Deutschland. Doch Bern 1954 lässt grüßen: Nicht nur Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan (»So wie die Türkei bei der Europameisterschaft mit farbenfroher Begeisterung aufgetreten ist, kann sie in der EU positive Effekte haben«) wünscht sich weitere Wunder in Basel und Wien. Auch seine Landsleute am Bosphorus und im Land des Gegners wollen mit einem Sieg auf dem Rasen beweisen: Wir sind wer. Oder: Wir sind auch noch da.

Mehr als zwei Millionen Türken leben in Deutschland; damit stellen die Türken die größte Zuwanderergruppe. Doch nicht überall hat die Integration so gut funktioniert wie in Duisburg-Marxloh, wo mit 30 der höchste Prozentsatz in der Bundesrepublik ermittelt wurde und sich kaum ein Deutscher an einer der größten Moscheen des Landes stört – im Gegenteil.

Dennoch wird sicherlich zu Recht über die mangelnde Integrationswilligkeit vieler Türken diskutiert, aber »ein Einwanderungsland wider Willen sollte sich über gelegentlich widerwillige Einwanderer auch nicht wundern«, meint der renommierte Migrationsforscher Klaus J. Bade. Schon 1979 warnte der erste Bundes-

ausländerbeauftragte Heinz Kühn seine Landsleute vor mangelnder Integrationsförderung. Die wurde erst 2005 mit dem Zuwanderungsgesetz zur staatlichen Aufgabe erklärt.

Doch wie groß die Normalität mittlerweile wirklich ist, wird sich morgen Abend zeigen. Marktschreierische Quertreiber gab es bis gestern wenige. »Hürriyet« zum Beispiel schrieb am Tag vor dem Spiel: »Unsere Probleme werden uns gegen die (deutschen) Panzer nicht behindern.«

Mag auch sein, dass die türkische Nationalmannschaft, wie

»Hauptsache, ich bin begeistert, und das Spiel setzt Emotionen frei. Dann ist es mir egal, welche Farbe das Trikot des Siegers hat.«

Renan Demirkan, deutsch-türkische Schauspieler aus Berlin

Nobelpreisträger Orhan Pamuk behauptet, »eine Maschine zur Produktion von Nationalismus, Fremdenhass und autoritärem Denken« ist.

Doch die Ansteckungsgefahr am Bazillus Chauvinismus ist bei den Beteiligten und den Fans äußerst gering. Hamit Altintop betonte, dass er Deutschland alles verdanke, Jens Lehmann unterstrich seine Affinität zur Türkei, Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hofft, dass »nicht nur die bessere Mannschaft gewinnen möge, sondern auch die deutsch-türkische Freundschaft«.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) sprach die Hoffnung aus, dass »keiner den Versuch unternimmt, eine fröhliche Party zu stören«.

Raki oder Korn, Döner oder Currywurst – egal, was nach dem Ende des Halbfinals die Sieger den Verlierern auch auf der wiedereröffneten Fanmeile in Berlin servieren: Es kann ein Fest für den Fußball werden, aber auch eines für die Integration.

KOMMENTARE

Palästina-Konferenz

Ein kleiner richtiger Schritt

Um einen umfassenden Frieden im Nahen Osten zu schaffen, müssen zunächst einmal die Fundamente für einen künftigen funktionierenden Staat Palästina gelegt werden. Dazu gehören die Justiz und die Polizei. Deshalb ist es richtig, dass die deutsche und die europäische Politik nun mehr Verantwortung in Palästina übernehmen und ganz gezielte Aufbauarbeit in diesen Bereichen leisten wollen. Etwa 155 Millionen Euro stehen nun bereit, um den Palästinensern beim Aufbau eines funktionierenden Rechtssystems zu helfen.

Damit werden, so die Hoffnung, auf einem Feld der Nahost-Proble-

matik Fortschritte erzielt. Insgesamt setzen die Europäer weiter auf den Palästinenser-Präsidenten Mahmud Abbas, der unerschütterlich auf einen Frieden mit Israel hinarbeitet.

Wie unendlich weit die Region jedoch von einem Frieden entfernt ist, zeigt nicht nur die Tatsache, dass gestern erstmals seit Beginn der Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas aus dem Gazastreifen wieder Raketen auf Israel geschossen wurden. Solange die Hamas sich einer Anerkennung Israels verweigert, wird es keine Ruhe im Nahen Osten geben. Auch Friedensverhandlungen mit Abbas sind dann nur ein untauglicher Versuch. Friedhelm Peiter

Chirurg suspendiert

Keine Werbung für NRW

Ausgerechnet Forschungsminister Andreas Pinkwart! Der FDP-Mann war der erste, der im Mai vergangenen Jahres die Suspendierung Prof. Christoph Broelschs gefordert hatte, weil die Staatsanwaltschaft gegen den Chirurgen ermittelte. Erst hatte sich die Uni Essen gewehrt, weil sie Krankenversorgung und Forschung beeinträchtigt sah, doch fünf Monate später war davon keine Rede mehr: Broelsch wurde suspendiert, er darf bis heute nicht operieren.

Auf der Strecke bleiben die Patienten. Die Frage, ob es zutrifft, dass es seit Broelschs Suspendierung keine Lebend-Lebertransplantationen mehr in Essen gegeben hat, ließ das NRW-Wissenschaftsministerium gestern unbeantwortet. Kein Wunder, denn die Ärzte aus Broelschs

Team sind abgewandert, er selbst soll Angebote aus den USA haben.

Zur Klarstellung: Broelsch werden keine Kunstfehler vorgeworfen, weswegen die Suspendierung des Chirurgen auch schwerlich dem Schutz von Patienten dienen kann. Dass ausgerechnet der Wissenschaftsminister diese Koryphäe kaltstellen lässt, trägt nicht dazu bei, Top-Akademiker ins angebliche Forschungsland Nordrhein-Westfalen zu locken.

NRW kann es sich nicht erlauben, internationale Spitzenmediziner zu vergraulen. Denn die stehen hier nicht gerade Schlange, wie die qualende, seit Jahren dauernde Suche nach einem adäquaten Nachfolger für Prof. Reiner Körfer am NRW-Herzzentrum in Bad Oeynhausen zeigt. Christian Althoff



Boeing Top-Manager Jeff DeGrange schätzt Deutschland als perfekten Standort zur Optimierung des Direct Manufacturing. Die Uni Paderborn wird neues Zentrum für das innovative Produktionsverfahren, das Werkstücke direkt aus dem Computer ermöglicht. Foto: Wolfram Brucks

Uni backt Bauteile der Zukunft

Boeing und Evonik fördern Paderborner Zentrum für direkte Fertigung

Von Reinhard Brockmann

Paderborn (WB). Boeing, weltgrößter Hersteller von Verkehrs- und Militärjets, sieht Deutschland als Schlüsselmarkt für die direkte Fertigung vom Datensatz zum Bauteil. Und Paderborn ist seit gestern dessen wissenschaftliche Kopfstelle.

Anlässlich der Gründung des Forschungszentrums für Direct Manufacturing (DMRC) an der Universität Paderborn sprach Boeings Top-Manager Jeff DeGrange vom idealen Standort für die neue Leittechnologie.

Die schichtweise Erstellung von Bauteilen auf der Grundlage eines CAD-Datensatzes ist nicht mehr ganz neu, steht aber in Fragen der Normung und Optimierung der Produktionskette noch am Anfang. Klein und fein sind die ersten Beispiele des neuen Herstellungsverfahrens, in dem per Laserstrahl Metall- oder Kunststoffstaub schichtweise zu den raffiniertesten Gebilden gebacken wird: Bauteile in der Formel 1, für die Internationale Raumstation ISS sowie den Militärjet Boeing F/A-18 Super Hornet. Selbst

Hohlkörper, bewegliche Scharniere »aus einem Guss« und von filigranen Luftkanälen durchzogene hitzefester Schaufeln in Flugzeugturbinen werden so möglich. Hüftgelenke aus hochfestem Stahl, Zahnimplantate oder – nur zum Spaß – lasergesinterte Bonsais entstehen auf diese Weise.

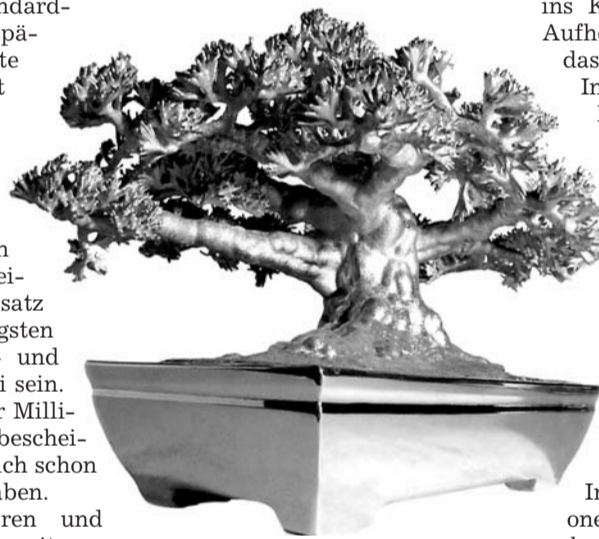
DeGrange, Chef von Forschung und Entwicklung bei den Boeing Phantom Works, sieht das Direct Manufacturing als Standardproduktionsverfahren spätestens 2020 in aller Breite etabliert. DeGrange stellt der Kooperation von Hochschulen und Industrie hierzulande ein gutes Zeugnis aus.

Sein Unternehmen, mit mehr als 70 deutschen Zulieferern, strebt nach einem ganzheitlichen Ansatz zur Lösung der wichtigsten technischen Probleme – und will von Anfang an dabei sein. Der mit weniger als einer Milliarde Euro noch relativ bescheidene Gesamtmarkt soll sich schon bis 2015 verdreifacht haben.

Paderborner Professoren und Studenten sind gleichfalls mit von der Partie. Vor allem NRW-Zukunftminister Andreas Pinkwart (FDP) sieht das Engagement der

Unternehmen Boeing, Evonik/DeGussa, EOS und MCP-HEK Tooling (Borcheln) als Wegbereiter für »viele ähnliche Kooperationen von ebenso hoher Qualität«.

Die laufenden Industrie-Partnerschaften C-Lab, S-Lab und L-Lab (Computing/Communication, Software-Qualität und Licht) seien beispielgebend für die nunmehr gewonnenen Weltunternehmen gewesen, bestätigt auch



Silberner Bonsai: Kunststoff- oder auch Stahlstaub wird so verbacken.

Hochschul-Präsident Nikolaus Risch. Die »offene DMRC-Plattform« stehe allen interessierten Partnern offen. Der Hochschulchef feiert DMRC als »ersten Baustein der Zukunftsmeile Fürstentalle«.

Die Standortentscheidung für Paderborn – im Finale mit fünf, darunter weit prominenteren Mitbewerber von Berlin bis München – passt Minister Pinkwart bestens ins Konzept der technologischen Aufholjagd. »Bis 2015 wollen wir das Land mit den höchsten Investitionen und den meisten Beschäftigten in Bildung und Forschung sein.«

Zehn weltweit agierende Unternehmen hätten sich bereits in den vergangenen zweieinhalb Jahren dafür entschieden, ihre besten Köpfe und Entwickler in NRW anzusiedeln.

Innerhalb von fünf Jahren soll das Gesamtbudget allein durch Hochschule, Land und die bislang vier Industriepartner auf elf Millionen Euro anwachsen. Heimische Mittelständler sind eingeladen, mit eigenen Projekten und einem Jahresbeitrag von 100 000 Euro dabeizusein.

Die Welt reicht dem neuen Palästina die Hand

156 Millionen Euro Aufbauhilfe – Streit um Rolle der Hamas

Berlin (dpa). Überschattet von neuen Raketenangriffen aus dem Gazastreifen auf Israel hat die Staatengemeinschaft mit Aufbauhilfen für Polizei und Justiz einen Grundstein für einen Palästinenser-Staat gelegt.

Bei der »Sicherheitskonferenz Palästina« in Berlin wurden gestern aber auch Differenzen zwischen Israelis und Palästinensern

sowie über den weiteren Umgang mit der radikal-islamischen Hamas im Gaza-Streifen deutlich. Ranghohe Vertreter aus mehr als 40 Staaten sagten etwa 156 Millionen Euro Hilfen für Infrastruktur, Ausbildung und Ausrüstung zu. Die deutsche Zusage beläuft sich auf 15 Millionen Euro.

Mit den Mitteln sollen das Training für mehrere tausend Zivilpolizisten im Westjordanland verstärkt, marode Polizeistationen renoviert und die Ausrüstung der

Beamten verbessert werden. Geplant ist unter anderem der Aufbau einer Kfz-Werkstatt für Polizei-Einsatzfahrzeuge. Zudem sollen Gebäude der Justizverwaltung und des Strafvollzugs instand gesetzt oder neu gebaut werden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bezeichnete ein verlässliches Rechtssystem als Grundlage für den Aufbau eines Staates. Deutschland unterstütze die Zwei-Staaten-Lösung in Nahost. Unabdingbar seien dabei das Existenzrecht Israels in sicheren Grenzen und ein lebensfähiger palästinensischer Staat. »Deshalb sind so viele heute hierher gekommen, um ein kleines Mosaiksteinchen für das große Aufbauwerk einer Zwei-Staaten-Lösung beizutragen«. US-Außenministerin Condoleezza Rice sagte: »Der Frieden lässt schon zu lange auf sich warten.«

Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amre Mussa, äußerte sich skeptisch über den Verlauf der Friedensgespräche zwischen Israelis und Palästinensern. Zugleich begrüßte er die Versöhnungsbemühungen zwischen der im Westjordanland regierenden Fatah von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas und der Hamas im Gaza-Streifen. Merkel machte klar, dass die Hamas als Gesprächspartner weiter nicht infrage kommt. **Kommentar**

Mehr Geld für Welteke

13 100 Euro im Monat

Kassel (ddp). Ex-Bundesbankpräsident Ernst Welteke hat das juristische Tauziehen um seine Pensionsansprüche gewonnen. Vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Kassel erstritt sich der 65-Jährige gestern eine Erhöhung seines Altersruhegelds auf etwa 13 100 Euro im Monat.

Das sind etwa 4500 Euro mehr, als ihm die Bundesbank bislang zahlen wollte. Allerdings muss diesen Zuschlag zum größten Teil das Land Hessen bezahlen. Dort war Welteke von 1974 bis 1995 SPD-Landtagsabgeordneter.

Welteke bekommt nun gut 8550 Euro von der Bundesbank und knapp 4550 Euro vom Land – beides rückwirkend seit seinem Ausscheiden vor vier Jahren.

Im April 2004 war der Bundesbankchef im Zusammenhang mit der Adlon-Affäre zurückgetreten. Welteke hatte sich einen mehrtägigen Aufenthalt seiner Familie im Berliner Luxushotel Adlon von der Dresdner Bank bezahlen lassen. Ein Ermittlungsverfahren wurde gegen Zahlung einer Geldbuße von 25 000 Euro eingestellt. Seither streitet Welteke um die Höhe seiner Pension.



Ernst Welteke



Der palästinensische Premierminister Slam Fayyad (links) begrüßt in Berlin die israelische Außenministerin Zivi Livni. Foto: Reuters